

schalom

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

56. Jahrgang

1/2024

€ 3,-



Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1080 Wien P.b.b. GZ02Z031415M

#BringThemHome

Leitartikel

Liebe Freundinnen und Freunde!

Es gibt Tage, die verändern die Welt für immer. Der 7. Oktober 2023 war so ein Tag. Der unerwartete Terrorangriff der Hamas auf friedliche Menschen erfolgte mit einer unfassbaren Brutalität, die obendrein noch mitgefilmt und in den sozialen Netzwerken zur Schau gestellt wurde. Hunderte wurden ermordet, Tausenden wurde Gewalt angetan und 240 Menschen als Geiseln entführt: Männer, Frauen, alte Menschen, Kinder und Jugendliche, sogar Babys. Es war der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit dem Holocaust.

Der 7. Oktober 2023 ist aber noch immer nicht vorbei. Nach wie vor, mit Stand Mitte März 2024, also über fünf Monate später, sind noch immer mehr als die Hälfte der Geiseln in der Gewalt der Hamas. Es ist nicht nur für die Geiseln selbst ein Martyrium (falls sie überhaupt noch am Leben sind, auch das weiß man in den meisten Fällen nicht), sondern auch für Familien, Freunde und Bekannte. Es erstaunt mich, wie sehr dieses Thema aus dem medialen Fokus gerückt ist. Dabei ist diese anhaltende Geiselnahme ein unhaltbarer Zustand, der sofort beendet werden muss. Darauf sollte sich der internationale Druck konzentrieren.

Als Österreichisch-Israelische Gesellschaft stehen wir nun vor neuen Herausforderungen. Unsere Aufgabe haben wir immer darin gesehen, das Positive an Israel hervorzuheben – Israel als Land der kulturellen Vielfalt, der innovativen Schaffenskraft und als einzig wirkliche Demokratie im Nahen Osten. Das stimmt nach wie vor, aber die Themenlage hat sich mit dem 7. Oktober verändert. Nun geht es vor allem um die zentrale Frage überhaupt: Es geht um die Existenz – des Staates Israel, aber auch der Menschen, die dort leben. Weltweit und auch in Österreich hören wir Sprüche, die Israel das Existenzrecht absprechen. Und wir erleben ein Wiederaufblühen des Antisemitismus.

Freunde, so sagt man, erkennt man in der Not. Nun sind wir alle gefordert, Israel beizustehen. In diesem Sinne ist es erfreulich, dass die österreichische Politik deutliche Worte gefunden hat und Israel auch international zur Seite steht, beispielsweise bei Abstimmungen in den Vereinten Nationen. Eine Umkehr von Opfern und Tätern ist strikt zurückzuweisen. Ein dauerhafter Frieden wird auch nur möglich sein, wenn die Ereignisse vom 7. Oktober nicht relativiert, sondern aufgearbeitet werden. Die Ausgabe dieses SCHALOM möchte daran mitwirken.

Daher möchte ich mich bei allen sehr herzlich bedanken, die dazu einen Beitrag leisten. Möge Israel trotz allem gestärkt aus dieser schweren Zeit herausgehen und möglichst bald wieder Frieden und Sicherheit herrschen.



MMag. Markus Figl
Zweiter Präsident
der Österreichisch-Israelischen
Gesellschaft

Liebe Mitglieder, bitte aktualisieren Sie Ihre Kontaktdaten!

Wir aktualisieren die Mitgliederdatenbank der ÖIG und brauchen Ihre Unterstützung: Bitte übermitteln Sie uns Ihre aktuellen Kontaktdaten (**Name, Anschrift, E-Mail-Adresse**) per E-Mail an office@oeig.at. Wenn Sie in Zukunft auch per E-Mail Neuigkeiten von uns erhalten möchten, geben Sie dies bitte wie folgt an: **»Ich möchte auch per E-Mail Neuigkeiten von der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft erhalten«**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder der ÖIG!

Heute liegt die erste Ausgabe des Schalom 2024 im Briefkasten. Wir alle hatten gehofft, dass nach den furchtbaren Ereignissen seit Oktober letzten Jahres in Israel sich die Lage mittlerweile beruhigt hätte. Leider ist dies nicht der Fall: Noch sind viele israelische Geiseln in den Händen der Terroristen von Hamas, deren Angehörige sind nur noch verzweifelt über die Ausweglosigkeit der Lage für ihre Angehörigen, Menschen verlieren aufgrund der Kriegshandlungen ihr Leben, sind traumatisiert. Auch ist das Leid der Bevölkerung in Gaza nicht zu vergessen, die jede Lebensgrundlage verloren hat und täglich ums Überleben kämpft. Mit Sorge muss man zudem die Entwicklung im Westjordanland betrachten, wo die Siedlungspolitik der rechten Regierung in Jerusalem Menschenleben aufs Spiel setzt.

In dieser Ausgabe verzichten wir auf eine bloße Berichterstattung zu den jüngsten Ereignissen in Israel; dies können Sie als interessierte Beobachter in den tagesaktuellen Medien verfolgen. Wir fokussieren uns diesmal auf eine Mischung von Hintergrundartikeln zum Geschehen in Israel und persönlichen Erfahrungen vor Ort. Daneben wird es natürlich wieder die Rubriken geben, die sich in jeder Ausgabe befinden.

Allen Mitgliedern der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft ist ja nun hinlänglich bekannt, dass es im letzten Jahr zu personellen Veränderungen in der Geschäftsleitung gekommen ist. Daher möchten wir in dieser Ausgabe das neue Team vorstellen.

Zuletzt noch eine Bitte: Die Geschäftsführung der ÖIG möchte gerne die Datensätze aller Mitglieder in eine neue Struktur einsetzen. Daher möchten wir alle bitten, persönliche Daten wie Adresse (für den Versand des Schalom sowie anderes postalisches Info-Material) und besonders die aktuelle Mail-Adresse der Geschäftsleitung erneut mitzuteilen. Dies hilft dem ÖIG-Büro, eine sinnvolle und effektive neue Struktur aufzubauen. Alle datenschutzrechtlichen Vorgaben werden natürlich beachtet. Weitere Informationen finden sich auf Seite 2 gegenüber. Die Redaktion des Schalom hofft, auch diesmal wieder seinen Leserinnen und Lesern eine anregende Lektüre zu ermöglichen.

In diesem Sinne möchten wir mit den folgenden Worten schließen:
#BringThemHome

Mag. Michael Laubsch, Chefredakteur

Werden auch Sie Mitglied der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft! Die Zeitschrift »Schalom« ist inkludiert!

Die Freundschaft mit den Menschen in Israel ist uns wichtig!
Das Formular finden Sie auf unserer Website: www.oelig.at
Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit und erwägen Sie ein Spende!

Inhalt

- 4-5 Österreichischer Außenminister im Nahen Osten
- 6-7 Katars Allianz mit der Hamas
- 8-9 Wehrpflichtsdebatte für ultraorthodoxe Juden
- 10 »6:29«
Eine Installation zum NOVA-Festival in Tel Aviv
- 11 Neue Geschäftsleitung
- 12-13 Traumabehandlung israelischer Soldat_innen in Gaza
- 14-15 Der weibliche Körper als Kriegsschauplatz
- 16-18 Minischaloms
- 19 Ex Libris

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber:

Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG),
Lange Gasse 64/15, 1080 Wien, Österreich,
www.oelig.at, office@oelig.at

Präsidenten:

Peter Florianschütz und Markus Figl

Generalsekretäre:

Andrea Hladky, Michael Laubsch

Redaktion: Michael Laubsch,
Peter Florianschütz, Markus Figl,
Andrea Hladky, Bettina Müller

Layout: Ulrike Mayrhuber

Bankverbindung:

Bank Austria, IBAN: AT561100000262620801,
BIC: BKAUATWW

Die in der Zeitschrift wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion nimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Beiträge und Leserzuschriften können auch redaktionell gekürzt wiedergegeben werden.

Titelbild Cover: Michael Laubsch

Österreichischer Außenminister im Nahen Osten:

Israel muss die Zivilbevölkerung in Gaza schützen!

Ende Februar reiste der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg in den Nahen Osten. Ziel seiner ersten Station war Israel, wo er seinen Amtskollegen Israel Katz zu politischen Gesprächen traf. Angesichts des brutalen Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober standen der Kampf gegen den Terror, die Freilassung aller von der Hamas entführten Geiseln sowie die humanitäre Notlage in Gaza im Mittelpunkt der Gespräche. Emotionaler Höhepunkt war die Begegnung mit Angehörigen der Geiseln, darunter ein österreichisch-israelischer Familienvater.

»In diesen schwierigen Zeiten für Israel, für die Menschen in Israel und für Juden in aller Welt steht Österreich klar an der Seite Israels. Das ist keine leere Floskel. Wir meinen es ernst. 76 Jahre nach der Gründung des Staates Israel sind Öster-

reich und Israel nicht nur Freunde, sondern strategische Partner,« sicherte Außenminister Schallenberg seinem israelischen Amtskollegen Österreichs Solidarität und Unterstützung zu. Aufgrund dieser besonders engen österreichisch-israelischen Beziehungen sei es auch eine Selbstverständlichkeit, die Nahost-Reise in Israel zu beginnen.

Gegenüber Außenminister Katz hielt Außenminister Schallenberg zudem fest, dass der Terror nie wieder zu einer existenziellen Bedrohung für Israel werden dürfe. Er unterstrich, dass Israels Sicherheit für Österreich nach wie vor Staatsräson ist.

»Das Recht auf Selbstverteidigung Israels ist nicht in Zweifel zu ziehen. Jeder Staat auf dieser Welt würde sich gegen so einen Angriff wehren. Aber das Selbstverteidigungsrecht ist nie ein Blankoscheck,

von Tag eins an nicht,« verwies Außenminister Schallenberg ebenso auf die Pflicht Israels, die Zivilbevölkerung im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu schützen.

Israel und die israelische Armee sei laut Österreichs Außenminister bei jedem Einsatz gefordert, zu unterscheiden zwischen Terroristen der Hamas und der Zivilbevölkerung in Gaza, die geschützt werden muss. Gerade unter Freunden müsse man auch kritische Themen ansprechen können. So scheute Außenminister Schallenberg nicht davor, die Siedlergewalt, die Ausweitung von Siedlungen und Provokationen bei den Heiligen Stätten in seinen Gesprächen in Israel in aller Deutlichkeit zu verurteilen. Zudem verwies er auf die Notwendigkeit einer langfristigen Perspektive für eine Zwei-Staaten-Lösung, damit Israelis und Palästinenser Seite an Seite in Frieden leben können.



Alexander Schallenberg mit dem palästinensischen Ministerpräsidenten Mohammad Shtayyeh

Foto: BMEIA

»Ich bin zutiefst besorgt über die katastrophale humanitäre Lage in Gaza, die sich von Tag zu Tag verschlimmert. Das schiere menschliche Leid, das wir dort erleben, kann niemanden kalt lassen. Wir werden alles tun, um der palästinensischen Zivilbevölkerung zu helfen und sie zu schützen!«

Im Anschluss an die Gespräche mit der israelischen Regierung traf Schallenberg in Ramallah den palästinensischen Ministerpräsidenten Mohammad Shtayyeh. Im Zentrum des Gesprächs stand dabei die humanitäre Lage in Gaza und Österreichs Unterstützung für die notleidende palästinensische Zivilbevölkerung. Ebenso wurde eine langfristige Perspektive im Sinne einer Zwei-Staaten-Lösung und die Normalisierung der Beziehungen für Stabilität, Frieden und Wohlstand in der gesamten Region thematisiert.

»Ich bin zutiefst besorgt über die katastrophale humanitäre Lage in Gaza, die sich von Tag zu Tag verschlimmert. Das schiere menschliche Leid, das wir dort erleben, kann niemanden kalt lassen. Wir werden alles tun, um der palästinensischen Zivilbevölkerung zu helfen und sie zu schützen!«, verdeutlichte Außenminister Schallenberg.

Der notleidenden palästinensischen Bevölkerung sicherte er einmal mehr Unterstützung zu. Österreich ist seit Jahrzehnten ein verlässlicher Partner Palästinas bei der Entwicklungszusammenarbeit und der Humanitären Hilfe. So kündigte Außenminister Schallenberg vor Ort weitere 10 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds des Außenministeriums für die palästinensische Zivilbevölkerung an. Damit sind seit dem 7. Oktober bereits 23 Millionen Euro an österreichi-

schen Hilfszahlungen für Gaza und die Region bereitgestellt worden.

Außenminister Schallenberg sprach mit dem palästinensischen Ministerpräsidenten Shtayyeh zudem über die Lage in Rafah im Süden des Gazastreifens. Dabei versicherte der Außenminister, dass er sich weiterhin für humanitäre Korridore stark machen wird. Die Situation für die Menschen in der gesamten Region habe sich mit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober dramatisch verändert. Dabei dürfe auch nicht vergessen werden, dass sich immer noch über 130 Geiseln in der Gewalt der Hamas befinden. Diese gelte es, so rasch wie möglich mit ihren Familien zu vereinen. Zugleich betonte Außenminister Schallenberg Österreichs klare Position gegen Siedlergewalt, gegen die Ausweitung von Siedlungen und gegen Provokationen bei den Heiligen Stätten.

»Das Völkerrecht ist hier mehr als eine Richtschnur, es ist die rote Linie – für alle! Der Tod von Zivilistinnen und Zivilisten, sowohl in Israel als auch in den Palästinensischen Gebieten, muss ein Ende haben!«, betonte der Außenminister.

Mit Blick auf den Tag danach sicherte Außenminister Schallenberg zu, dass sich Österreich für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzt. In

diesem Zusammenhang bekräftigte er, dass Gaza Teil eines selbstbestimmten palästinensischen Staates sein muss. Die Terrororganisation Hamas dürfe dabei keine Rolle spielen. Gegenüber dem palästinensischen Ministerpräsidenten Shtayyeh forderte Außenminister Schallenberg zudem, dass die Palästinensische Autonomiebehörde selbst Reformen umsetzen müsse, damit es zu einer Normalisierung der Beziehung mit Israel kommt.

»An der Zwei-Staaten Lösung führt kein Weg vorbei! Ein politischer Prozess mit einem palästinensischen Staat als Endpunkt ist nicht nur völkerrechtlich, sondern auch politisch und wirtschaftlich alternativlos.«

»An der Zwei-Staaten Lösung führt kein Weg vorbei! Ein politischer Prozess mit einem palästinensischen Staat als Endpunkt ist nicht nur völkerrechtlich, sondern auch politisch und wirtschaftlich alternativlos. Es ist der einzige Weg für Israelis und Palästinenserinnen und Palästinenser, in Frieden und Sicherheit nebeneinander zu leben«, unterstrich Außenminister Schallenberg abschließend.

Katars Allianz mit der Hamas

Von Michael Laubsch

Katar und Hamas sind seit Jahren eine Verbindung eingegangen. Der politische Arm der Terrororganisation mit dem Emirat am Golf kooperiert nicht nur auf finanzieller Basis. Gerade nach dem brutalen Angriff der Islamisten in Israel am 7. Oktober hat diese unheilige Allianz eine weltweite Relevanz erhalten.

Die Beziehungen zwischen dem militärischen Flügel der Muslimbruderschaft und Katar sind vielschichtig und umfassen politische, diplomatische und finanzielle Aspekte. Katar hat die Hamas politisch unterstützt, indem es ihre Positionen in internationalen Foren vertreten hat. Dies schließt die Verteidigung der Rechte der Palästinenser und die Kritik an israelischen Aktionen im Gazastreifen bereits vor dem 7. Oktober 2023 ein. Die Hamas unterhält ein politisches Büro in Katar, das als wichtige Plattform für die diplomatischen Aktivitäten der Organisation dient. Von diesem Büro aus führt die Hamas Gespräche mit Vertretern anderer Staaten und Organisationen, um ihre politischen Ziele zu fördern. Das Emirat hat der Hamas finanzielle Unterstützung gewährt, sowohl in Form von direkten Zahlungen als auch durch die Finanzierung von Infrastrukturprojekten im Gazastreifen. Offiziell dienen diese Gelder dazu, die humanitäre Lage im Gazastreifen zu verbessern. Kritiker allerdings meinen, dass ein Großteil der Finanzierung durch Katar nur dazu diene, Hamas zu befähigen gegen Israel mit Gewalt vorzugehen. Eindeutig ist jedoch, dass die Unterstützung die politische Macht der Hamas in Gaza nachhaltig gestärkt hat.

Viele Aspekte dieser Allianz wurden auch im Einvernehmen mit Israel gemacht: Obwohl es keine offiziellen diplomatischen Beziehungen gibt, hat Israel unter bestimmten Bedingungen den Transfer von humanitärer Hilfe aus Katar in den Gazastreifen zugelassen. Diese humanitäre Hilfe umfasste oft finanzielle Unterstützung, medizinische Versorgung und den Bau von Infrastrukturprojekten. Gleichzeitig hat Katar sich gelegentlich als Vermittler zwischen Israel und der Hamas eingesetzt, insbesondere während Zeiten erhöhter Spannungen oder militärischer Konflikte im Gazastreifen. Diese Bemühungen zielten darauf ab, eine Deeskalation der Gewalt und eine Waffenruhe zu erreichen. Israel hat jedoch oft skeptisch auf die Rolle Katars als Vermittler reagiert.

Es ist wichtig zu betonen, dass diese Zusammenarbeit begrenzt ist und von den jeweiligen politischen Interessen und Prioritäten der beiden Länder abhängt. Trotz gelegentlicher Kooperation bleiben die offiziellen Beziehungen zwischen Israel und Katar angespannt.

Bei den Entführungen von Israelis durch die Hamas hat Katar sich als Vermittler zwischen der Terrormiliz und anderen Akteuren im Nahostkonflikt engagiert, darunter Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde. Diese Vermittlungsbemühungen zielen einerseits darauf ab, die Geiseln zu befreien, aber Experten weisen auch immer wieder darauf hin, dass es dem Emir am Golf hauptsächlich darum geht, nicht als Terrorunterstützer dazustehen. Dem Land nutzt es mehr,

international als Vermittler aufzutreten. Auch sollen die Beziehungen zu Israel nicht nachhaltig zerstört werden. Dies ist auch der Grund, warum sich Katar in den vergangenen Wochen zurückgehalten hat, die Regierung Israels bei ihren militärischen Aktionen in Gaza verbal anzugreifen. Dies scheint aber nun vorbei zu sein.

Nun gab es einen ganz offiziellen Wutausbruch, den der Sprecher des Außenministeriums, Majed al-Ansari, übernahm: »Wir sind entsetzt über die vermeintlichen Äußerungen, die dem israelischen Ministerpräsidenten in verschiedenen Medienberichten über die Vermittlungsrolle Katars zugeschrieben werden«, schrieb er. »Sollten sich diese Äußerungen bestätigen, sind sie unverantwortlich und zerstörerisch für die Bemühungen um die Rettung unschuldiger Menschenleben, aber sie sind nicht überraschend.« Sollten sich die gemeldeten Äußerungen als wahr erweisen, »würde der israelische Ministerpräsident den Vermittlungsprozess nur behindern und untergraben, und zwar aus Gründen, die seiner politischen Karriere zu dienen scheinen, anstatt die Rettung unschuldiger Menschen, einschließlich israelischer Geiseln, in den Vordergrund zu stellen«.

Im israelischen Fernsehen waren Tonaufnahmen von einem Treffen mit Angehörigen von Geiseln durchgestochen worden, in denen Netanjahu die Rolle Katars in den Verhandlungen als »problematisch« darstellte. Er gab demnach zu verstehen, sich mehr »Druck« Washingtons auf Katar zu wünschen. Zuletzt



Foto: Ted Eytan

sei er, Netanjahu, »sehr wütend auf die Amerikaner« gewesen, weil diese ihre Militärpräsenz in Doha um zehn Jahre verlängert hätten. In der katarischen Hauptstadt Doha werden die Indiskretion und Netanjahus Kritik als Ablenkungsmanöver wahrgenommen und als Versuch, einen Sündenbock zu suchen.

Die Bemühungen, einen neuen Deal zwischen Israel und der Hamas zu vermitteln, sollen darunter aber nicht leiden. »Wir werden aber wegen Problemen mit Individuen nicht die Vermittlungen aufs Spiel setzen, wir haben niemals zugelassen, dass solche persönlichen Angelegenheiten unsere Vermittlungsbemühungen beeinträchtigen«, sagt ein hoher katarischer Regierungsmitarbeiter. »Es geht hier darum, das Leben von Geiseln und palästinensischen Zivilisten zu retten, und nicht um Politiker.«

Ende letzten Jahres hatte sich der Direktor des israelischen Auslands-

Es geht hier darum, das Leben von Geiseln und palästinensischen Zivilisten zu retten, und nicht um Politiker.

geheimdienstes Mossad mit dem katarischen Regierungschef getroffen, um die Geiseln Verhandlungen wiederzubeleben, die Anfang Dezember abgebrochen wurden. Die Hamas will sich allerdings nicht den Hebel aus der Hand geben, den die Geiseln bieten in der gegenwärtigen Situation in Gaza. Die palästinensischen Islamisten, so heißt es in Presseberichten, forderten Garantien.

Weiterhin kann mit einem schnellen Verhandlungserfolg nicht gerechnet. »Vielleicht ändert sich die Lage, wenn die israelische Militäroperation in Khan Yunis abgeschlossen ist«, sagte ein Diplomat, der über den Fortgang der Gespräche unterrichtet wurde, noch vor ein paar Wochen. Netanjahus Regierung scheint aber nicht daran zu denken, die Angriffe in Gaza zu stoppen. Erst jüngst

kündigte er an, weitere Militäraktionen nun in Rafah zu beginnen. Netanjahu zeigt sich weiter entschlossen, den Krieg fortzusetzen, bis die Hamas vernichtet ist. »Wir werden kämpfen – und wir werden siegen«, wiederholt er immer wieder. Im Zuge der wachsenden Ungeduld der Angehörigen der Geiseln sieht sich Netanjahu aber zugleich zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Vor der eigenen Bevölkerung versucht er immer wieder das Bild zu vermitteln, allein die Hamas sei für das Stocken der Verhandlungen verantwortlich.



Foto: Wikimedia Commons

schalom 2024/01

Wehrpflichtsdebatte für ultraorthodoxe Juden

Von Michael Laubsch

Die Äußerungen des Oberrabbiners der sephardischen Juden in Israel, Yitzhak Yosef, zur Wehrpflicht ultraorthodoxer Juden haben für heftige Reaktionen gesorgt. Yosef drohte damit, dass alle Mitglieder der Gemeinde Israel verlassen würden, wenn sie zum Militärdienst gezwungen würden. Oppositionsführer Yair Lapid sagte: »Wenn sie ins Ausland reisen, werden sie entdecken, dass es Charedim (ultraorthodoxe Gläubige) gibt, die arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, und wissen, dass niemand sie finanzieren wird. Alle waffentauglichen Israelis müssen rekrutiert werden.« In einem Tweet auf X fügte er hinzu: »Wir in der Regierung werden es nicht zulassen, Soldaten nach Gaza zu schicken und nicht alle die gleiche Last tragen.

Wer keinen Wehrdienst leistet, bekommt kein Geld vom Staat.«

Der Minister des israelischen Kriegsrats, Benny Gantz, sagte seinerseits: »Nach zweitausend Jahren Exil sind wir in unser Land zurückgekehrt, wir werden dafür kämpfen und es niemals aufgeben.« Er fügte hinzu, dass die Worte von Rabbi Yosef »einen moralischen Schaden für den Staat und die israelische Gesellschaft darstellen« und forderte auf »jeden, besonders in dieser schwierigen Zeit, am heiligen Recht des Militärdienstes und des Kampfes für unser Land teilzunehmen, einschließlich unserer Charedi-Brüder.«

Die Äußerungen des Oberrabbiners der sephardischen Juden wurden von der Regierungskoalition

kritisiert. Die Partei »Religiöser Zionismus« unter der Führung von Finanzminister Bezalel Smotrich sagte: »Der Militärdienst ist ein großes Gebot. Wir sind dankbar für die Ehre, dem Volk Israel durch das Studium der Thora und die Unterstützung Israels in Zeiten der Not zu dienen.« Er wies darauf hin, dass »wir unser Land nach zweitausend Jahren des Exils niemals verlassen werden«, und fügte hinzu, »der sein Leben für das Land Israel geben will, wird es auch unter keinen Umständen aufgeben.« Avigdor Lieberman, Vorsitzender der Partei »Yisrael Beiteinu«, sagte: »Es ist eine Schande, dass Rabbi Yitzhak Yosef und die Haredim weiterhin die Sicherheit Israels gefährden und gegen das jüdische Gesetz handeln.«

Die israelische Regierung arbeitet an der Verabschiedung eines Gesetzes, das ultraorthodoxe Juden vom Militärdienst befreien und die Pflichtdienstdauer von 32 auf 36 Monate verlängern soll. Diese Verlängerung würde auch für derzeit Wehrpflichtige gelten.

Die Charedim sind ultraorthodoxe Juden, die glauben, dass sie besondere Privilegien haben sollten, was andere israelischen Gruppen verärgert hat, die der Meinung sind, dass alle Israelis unabhängig von ihrer religiösen oder politischen Orientierung vor dem Gesetz gleich sein sollten. Nach israelischem Recht muss jeder Israeli, der 18 Jahre alt wird, 32 Monate Militärdienst leisten, Frauen 24 Monate. Dies hat dazu geführt, dass israelische Gruppen eine Klage gegen die Befreiung der Charedim vom Militärdienst einreichten. Der Oberste Gerichtshof Israels prüft die Angelegenheit seit letztem Februar. Die Diskussion um die Rekrutierung orthodoxer Juden begann während der Ära von David Ben-Gurion, dem ersten Ministerpräsidenten Israels, der sie unter dem Vorwand, sie seien mit dem Studium der Thora beschäftigt, von der Wehrpflicht ausnahm. Die Charedim stellen etwa 13 % der israelischen Bevölkerung dar. Der Begriff »Charedi« kommt von dem Wort »jemand, der vor Ehrfurcht zittert«. Sie lehnen die Wehrpflicht ab und behaupten, sie müssten weiterhin die Thora studieren und lehren, die ihrer Meinung nach für das Überleben Israels wichtiger sei als der Militärdienst.

Die israelische Regierung arbeitet an der Verabschiedung eines Gesetzes, das ultraorthodoxe Juden vom Militärdienst befreien und die Pflichtdienstdauer von 32 auf 36 Mo-

nate verlängern soll. Diese Verlängerung würde auch für derzeit Wehrpflichtige gelten.

Im Gebiet Bnei Brak Salama östlich von Tel Aviv kam es zu Zusammenstößen zwischen der israelischen Polizei und Demonstranten gegen das Wehrpflichtgesetz. Die Demonstranten forderten die Aufhebung des Gesetzes und argumentierten, es diskriminiere säkulare Bürger und vertiefe die Spaltung innerhalb der israelischen Gesellschaft. Im Juni 2023 verabschiedete die Regierung Netanjahus eine Resolution, die das israelische Militär anordnete, neun Monate lang keine Studenten ultraorthodoxer religiöser Seminare einzuberufen, bis ein neues Gesetz ausgearbeitet werden konnte. Die von der Regierung erlassene vorläufige Anordnung läuft am 31. März aus, und wenn bis dahin kein Gesetz zu diesem Thema in die Knesset eingebracht wird, muss das Militär bereits am 1. April mit der Wehrpflicht der Haredim beginnen, so die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs. Die Regierung muss nun zwischen dem 24. und 31. März ihre Antwort darauf vorlegen, warum sie ihre Entscheidung, religiöse Israelis von der Wehrpflicht zu befreien, nicht aufgehoben hat. Der Oberste Gerichtshof Israels hat zudem Petitionen geprüft, in denen die Regierung aufgefordert wird, Schüler jüdischer Religionsschulen zur Armee zu rekrutieren. Im Jahr 2017 befand das

Gericht die umfassenden Befreiungen vom Wehrdienst für Schüler ultraorthodoxer Religionsschulen als »diskriminierend und rechtswidrig«.

Kürzlich gab das Militär Pläne bekannt, die Pflichtdienstzeit für Wehrpflichtige zu verlängern und den Ruhestand einiger Reservesoldaten zu verschieben und gleichzeitig die Zahl der Pflichtdiensttage, die sie jährlich absolvieren müssen, zu erhöhen. Dies hat zu weitreichenden politischen Kontroversen und öffentlichem Aufruhr geführt. Seit Jahren gibt es immer wieder Versuche, ein Gesetz zur Wehrpflicht von Orthodoxen zu verabschieden, die jedoch immer wieder verschoben wurde. Eine der Bedingungen, die die Parteien »Shas« und »Vereinigtes Thora-Judentum« für den Beitritt zur Regierung Netanyahu stellten, war die Verhinderung eines solchen Gesetzes. Netanjahu sagte: »Was die Wehrpflicht angeht, schätze ich das Thora-Studium unserer Charedi-Brüder sehr und erkenne und schätze ihre Aufnahme in zivile Not- und Hilfsorganisationen, die heilige Arbeit leisten. Aber in dieser Angelegenheit muss ich auch sagen, dass die vorherrschende öffentliche Meinung einer Lücke bei der Aufteilung der Sicherheitslast nicht ignoriert werden kann.«

Eine Installation zum NOVA-Festival in Tel Aviv

von Andrea Hladky

Beim Betreten der Ausstellungshalle raubt der auffällige Geruch nach Patschuli-Räucherstäbchen den Atem, gleichzeitig verschleiert Nebel die Luft. Ein Schleier, der sich über den Boden legt, der bedeckt ist von Kleidungsstücken, Trinkflaschen, Klappsesseln und Matten. Alles, was man bei einem Musikfestival mit sich hat. In diesem Fall: hinterlassen hat.

»This is a story about a community that refuses to be broken, refuses to stop and surrender. WE WILL DANCE AGAIN«. Die NOVA-Community hat das Gelände des Open-Air-Supernova-Festivals in einer Halle in Tel Aviv nachgestellt. Jenes Musikfestival, das am 7. Oktober ab 6 Uhr 29 von der Terrororganisation Hamas überfallen wurde. WE WILL DANCE AGAIN klingt positiv, und doch erscheint es wie ein verzweifertes Überlebens-Mantra, das ein ganzes Land erfasst hat.

Der Rave mit einem bis zum Nachmittag des 7. Oktober angesetzten Programm war als Feier von »Freunden, Liebe und unendlicher Freiheit« beworben worden und sah Auftritte von namhaften Künstlerinnen vor. Hunderte vorwiegend 20–40-jährige Musikfans befanden sich vor Ort, als die Hamas ab 6 Uhr 29 ihr Massaker startete. 364 Festivalbesucherinnen wurden ermordet, viele weitere verletzt und 40 als Geiseln in den Gazastreifen entführt.

Jeder Schuh, jeder zertrampelte Picknickkorb, Klappsessel und zerstörtes Zelt könnte das des eigenen Kindes oder Partners sein. Verbrannte Autos lassen die Brutalität des Angriffs erahnen. Gleichzeitig

vermitteln Fotos der Festivalbesucher_innen und eine Festivalbühne die ausgelassene Stimmung, die zum NOVA-Festival gehört(e). Der Anschlag galt auch einem Lebensgefühl.

Die überwiegend israelischen Besucher_innen lesen die letzte WhatsApp-Konversation, in der sich eine junge Festival-Besucherin offenbar von ihren Eltern verabschiedet hat. Sie lesen aufmerksam Briefe und Botschaften, die andere davor in der Halle hinterlassen haben. Hie und da steht etwas auf Englisch: »Never Again«. Was bei uns als Mahnmal an tiefdunkle Zeiten erinnert, ist in Israel tägliche Realität. Wie muss es sich anfühlen, mit dieser Bedrohung leben zu müssen?

weinend, Angehörige der Geiseln machen Sonderführungen durch die Ausstellung. Selbst Menschen, die niemanden unter den Toten und Verletzten kennen, laufen leise Tränen über die Wangen. Bis auf die Musik – die offenbar beim Festival gespielt wurde – ist es totenstill.

Vor der Halle gibt es einen kleinen Shop mit Merchandising-Produkten von NOVA. Ihr Erlös kommt den Familien der Geiseln zugute. WE WILL DANCE AGAIN steht auf der Kette, die einer Militärplankette nachempfunden ist. Sie gibt Hoffnung, und doch kann mans irgendwie nicht ganz glauben.



Foto: Dmitrij Leltschuk

Besucher_innen gehen langsam von einem Haufen Leben zum anderen. Wir sind fast froh, die hebräischen Notizen nicht lesen zu können, um die ganze Tragweite nicht erfassen zu müssen, es ist auch ohne Übersetzung eine schwere Ohnmacht spürbar. Freundinnen umarmen sich

»This is a story about a community that refuses to be broken, refuses to stop and surrender. WE WILL DANCE AGAIN«.

Neue Geschäftsleitung

der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

Foto: Andrea Hladky



Andrea Hladky, Erste Generalsekretärin

Andrea Hladky hat Germanistik an der Universität Wien studiert. Sie war jahrelang im ORF bei Radio Ö1, danach in Kommunikationsagenturen tätig, zuletzt Sprecherin des Frauenvolksbegehrens und ist Israel seit Jahren freundschaftlich verbunden. Sie hat im Kampf gegen Antisemitismus, für Erinnerungskultur

und jüdisches Leben während ihres Studiums beim Projekt dem Projekt »Verlorene Nachbarschaft – Die Synagoge in der Neudeggasse« und dem Nachfolgeprojekt 2008 in Argentinien gearbeitet. Momentan ist sie Mitarbeiterin im Büro der SPÖ Frauen.

Michael Laubsch, Zweiter Generalsekretär

Michael Laubsch studierte Politische Wissenschaften, Osteuropäische Geschichte und Philosophie an der Universität Bonn. Danach arbeitete er zehn Jahre im Deutschen Bundestag als außenpolitischer Referent in den Bereichen Osteuropa, GUS und Zentralasien.

Menschenrechte, Presse- und Meinungsfreiheit, der Transitionsprozess in Osteuropa waren immer ein Fokus seiner Arbeit, besonders auch nach seiner Entscheidung, das parlamentarische Tagesgeschäft zu verlassen. Er war Direktor eines EU-Thinktanks zu Fragen der Kooperation zwischen

der EU und den zentralasiatischen Staaten, beriet internationale NGOs in Fragen Demokratisierung und Pluralismus und erstellte Campaigning-Konzepte für Zivilgesellschaften und Oppositionsbewegungen.

2014 zog er nach Wien, wo er 2016 neben seiner beratenden Tätigkeit die Öffentlichkeits- und Campaigning-Arbeit der Europäischen Bürgerinitiative »STOP EXTREMISM« EU-weit leitete. Seit 2017 ist er Mitglied der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft und hat sich von Beginn an schreibend in die Arbeit der Gesellschaft eingebracht.



Foto: American Jewish Congress

In seiner Freizeit ist Michael Laubsch weniger am Schreibtisch zu finden, sondern vielmehr auf den Straßen Europas, denn seine zweite Passion ist die analoge Fotografie, die er nie hat aufgeben wollen.

Foto: Bettina Müller



Bettina Müller, Geschäftsstelle

Bettina Müller hat einen naturwissenschaftlich-fachjournalistischen Hintergrund.

Sie ist als Assistenz des Vorstands der ÖIG im Büro die erste Ansprechpartnerin, betreut die Homepage der Gesellschaft, ist auch Teil

des Redaktionsteams von Schalom und verfasst Medienbeiträge im Bereich Startups, Wissenschaft, Gesellschaft, Archäologie, Kunst. Zudem unterstützt sie den Vorstand bei Konzept und Durchführung von Veranstaltungen.

Traumabehandlung israelischer Soldat_innen in Gaza

Von Ari Lieberman

Die israelische Armee versucht, die immer stärker auftretenden psychischen Erkrankungen von Soldaten zu behandeln, die gebrochen aus der Kampfszenerie in Gaza zurückkehren: Zwei Einrichtungen an der Grenze zum Gazastreifen untersuchen Armeeingehörige, um ihren emotionalen Zustand zu beurteilen und die Genesung zu überwachen. Die meisten Soldaten kehren innerhalb weniger Stunden zum Kampf zurück. Soldaten verbringen in der Regel ein paar Stunden in einem Zentrum, wo sie von Experten untersucht werden. Die Teams bestehen aus Psychiatern und Beamten, die auf psychische Gesundheit spezialisiert sind. Ein Zentrum befindet sich in Re'im, das andere in Sde Teiman.

Traumabehandlung in unmittelbarer Nähe

Etwa 80 bis 90 Prozent dieser Soldaten kehren innerhalb weniger Stunden zu ihren Einheiten in Gaza zurück, wenn die Ärzte feststellen, dass ihnen die Behandlung geholfen hat. Der kurze Aufenthalt und die Entscheidung, die Anlagen in der Nähe des Schlachtfeldes zu stationieren, sind weder Zufall noch aus betrieblicher Notwendigkeit entstanden. Sie sind vielmehr das Produkt einer Traumabehandlungsphilosophie.

Die Begründung lautet, dass eine völlige Trennung vom Kampfgebiet, die Traumata auslöst, sowie die Isolation und Trennung der Soldaten von der Armeebasis, ihren Teams und ihrer Mission wahrscheinlich mehr Schaden als Nutzen anrichtet.

Kommandeure vor Ort, die Anzeichen einer posttraumatischen Belastungsstörung erkennen, schicken ihre Soldaten in diese Zentren. Die Symptome resultieren aus der Routine ständiger, harter Kämpfe in Gaza, die sie schrecklichen Szenen und dem täglichen Kontakt mit Verlusten und Verletzungen unter ihren engen Teamkameraden und Kommandeuren aussetzen. Gleichzeitig wird die Erschöpfung durch anstrengende körperliche Bedingungen verstärkt.

»Um über ein Posttrauma zu sprechen, muss man ein bestimmtes Stadium erreichen, und das ist noch nicht passiert. Die Soldaten sind jetzt im Krieg, so dass ihre Symptome nicht auf etwas zurückgehen, das in der Vergangenheit passiert ist«, sagte ein hochrangiger Beamter für psychische Gesundheit beim Militär. »Wenn man nicht schlafen kann, sich angespannt, verängstigt und ›am Ende‹ fühlt, ist das eine Folge einer rationalen und normalen Überlebensreaktion auf das, was wir auf dem Schlachtfeld vorfinden. Dennoch gibt es Fälle von Soldaten, die einen Zusammenbruch erleiden.« In solchen Fällen werden die Soldaten aus dem Kampf herausgezogen und vom Sanitätskorps in reguläre Behandlungszentren evakuiert.

Umfassende Behandlung für Soldaten mit auffälligen Traumasymptomen

Wenn die Rehabilitationsbehandlung nicht wirksam genug ist und

ein intensiveres und längeres Behandlungsschema erforderlich ist, werden Soldaten an die Rehabilitationseinrichtungen auf der Basis 80, genannt »Merhav Benayim«, überwiesen. Dieses Zentrum bietet ein umfassenderes Behandlungspaket, einschließlich einer stationären Einrichtung und eines strukturierten Tagesplans.

Eines der auffälligsten Symptome, die solche Patienten charakterisieren, ist die Immobilität – vor allem die Angst, in bestimmte Bereiche oder Orte zurückzukehren. Es ist ein Phänomen, das, wenn es nicht behandelt wird, stärker werden kann, bis es zu erheblichen funktionellen Schäden führt, sich zum Beispiel zu weigern, das Haus zu verlassen.

Soldaten, die eine Behandlung benötigen, die über diese Möglichkeiten hinausgeht, sowie Personen, die aufgrund ihres psychischen Zustands aus dem Dienst oder der Reserve entlassen wurden, werden in einer Einrichtung behandelt, die von der Rehabilitationsabteilung des Verteidigungsministeriums betrieben wird. Die Einheit arbeitet derzeit unter Notstandsbedingungen und bietet allen, die aktiv am Krieg teilgenommen haben, psychiatrische Dienste an.

»Wir sollten darauf achten, einer Gruppe oder Einzelperson nicht zu schnell das Etikett ›PTBS‹ zuzuordnen. Das ist sachlich falsch«, sagte ein hochrangiger IDF-Offizier. »Das gilt nicht nur für die Armee. Ich

habe schon Aussagen gehört wie »Jeder, der unter dem gelitten hat, was in Be'eri passiert ist, kann nicht wieder rauskommen«, aber die Geschichte und die Forschung zeigen etwas anderes. Die meisten Menschen – auch wenn sie kurzfristig anders reagieren – leiden nicht unbedingt an einer PTBS.«

In der wissenschaftlichen Literatur heißt es, dass 10 bis 20 Prozent der Menschen, die an ASD leiden, nach einem Monat eine chronische PTSD entwickeln können. Nach dieser Berechnung dürfte der Gaza-Krieg, der als »Eiserne Schwerter« bezeichnet wird, Tausende von Soldaten treffen. Sie werden ein Trauma erleiden, das sich auf ihre Funktionsfähigkeit im Alltag auswirkt.

»Wir sollten darauf achten, einer Gruppe oder Einzelperson nicht zu schnell das Etikett »PTBS« zuzuordnen. Das ist sachlich falsch.«

Der Nebel des Krieges und die anhaltenden Kämpfe machen es schwierig, sicher zu sagen, was die Zukunft bringt. Welches konkrete Ereignis der letzten zwei Monate war das auslösende Ereignis oder das Ereignis, das stark genug war, um Symptome hervorzurufen? Der Zeitunterschied, der seit dem Ereignis vergangen ist – sei es eine Woche, ein Monat oder zwei Monate – kann auf der ganzen Linie kritisch sein, aber da wir uns immer noch im Krieg befinden und die Soldaten immer noch im Krieg sind, ist es unmöglich, das Ereignis und seine Auswirkungen abzugrenzen.

Hinter dem Versuch, Traumata zu verhindern oder zumindest zu reduzieren, verbirgt sich auch die Frage

nach der Prävalenz von Verlustereignissen bei Soldaten und dem Anstieg ihrer Raten angesichts ihrer Erfahrungen. Natürlich ist es immer noch schwierig, Daten darüber zu sammeln, was derzeit passiert. Die Armee hat einen solchen Trend noch nicht erkannt, es besteht jedoch die Befürchtung, dass er erst verspätet auftreten wird. Fachleute sagen, dass Soldaten in diesem Stadium noch zielorientiert sind, sich auf eine klare Mission konzentrieren und sich sozial verbunden fühlen. Darüber hinaus lässt die körperliche und geistige Anspannung auf dem Schlachtfeld kein tiefes Nachdenken und keine Selbsterkenntnis zu.



Foto: Israel Defense Forces

Es besteht die Befürchtung, dass das Ende des Krieges und die Rückkehr zur Routine zu einem schweren Zusammenbruch führen wird, auch bei denjenigen, die während der Kämpfe keine Symptome zeigten. Wenn sie in solchen Fällen nicht rechtzeitig behandelt werden, ist es wahrscheinlich, dass die Prävalenz von PTBS, Depressionen, Funktionsstörungen und Selbstmord zunimmt.

Der weibliche Körper als Kriegsschauplatz

von Andrea Hladky

Wie geht es den Frauen und deren Angehörigen, die am 7. Oktober von der Hamas entführt, vergewaltigt, verletzt oder ermordet wurden? Wie gehen diese Frauen damit um, dass große Teile der westlichen Welt, NGOs, Regierungen, auch Frauenorganisationen lange zu den Massakern geschwiegen haben oder es noch immer tun? So laut geschwiegen haben, dass sich sogar ein Hashtag #Metoounlessyouareajew verbreitet hat.

<https://metoo-unlessurajew.com>

Die Welt muss den Frauen und ihren Angehörigen, die Opfer von Sexualkriegsverbrechen der Hamas waren bzw. sind, zuhören. Zuhören ohne das Gesagte zu relativieren. Zuhören ohne »aber ...«. UNO-Generalsekretär Guterres hat am 7. Oktober die Angriffe der Hamas zwar verurteilt, jedoch angemerkt: »sie seien nicht im luftleeren Raum passiert«. Was will er damit andeuten? Dass der Angriff provoziert, ausgelöst, verdient sei? UN Women hat ganze 60 Tage benötigt, um ein Statement herauszustottern, das durchaus klarer hätte ausfallen können. Die Frauen-Organisation der UNO hatte in den Wochen nach dem Angriff wesentlich mehr Artikel über Frauen in Gaza veröffentlicht. Die israelische Bevölkerung bzw. israelische Frauen im Speziellen wurden nicht in ihren Berichten erwähnt. Es bleibt der Beigeschmack der Kontextualisierung, des Nicht-Ernst-Nehmens, der Eindruck: das Leben jeder Frau sei nicht gleich viel wert.

Erst kürzlich, Ende Jänner 2024, reist die Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für sexuelle Gewalt

in Konflikten, Pramila Patten nach Israel, um aus erster Hand einen Eindruck vom Ausmaß der von der Hamas begangenen Gräueltaten zu bekommen und diese Informationen an die zuständigen internationalen Stellen weiterzugeben. Die Berichte sollten im nächsten Jahresbericht der Vereinten Nationen über sexualisierte Gewalt in Konfliktgebieten ihren Niederschlag finden.

»Man schulde den Überlebenden und Opfern mehr als nur Solidarität«, sagt Patten – wie wenn diese von UN Women je gezeigt worden wäre. »Wir wollen sicherstellen, dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt. Es ist das Schweigen der Überlebenden, die aus Scham und Stigmatisierung keine Anzeige erstatten, das sexuelle Gewalt so billig und wirksam macht: Billig, weil die Täter davon ausgehen, dass die Opfer sich nicht melden und sie völlig ungestraft frei herumlaufen werden, und wirksam, weil sie das Leben und die Lebensgrundlage der Opfer, ihrer Familien und Gesellschaften zerstören.«, so Patten weiter. Zunächst 120 Tage nicht auf den 7. Oktober zu reagieren – um dann beim ersten Besuch in Israel den Opfern auszurichten, ihr Schweigen mache »sexuelle Gewalt so billig und wirksam« – ist im besten Falle unsensibel.

Wir treffen Orit Sulizeanu, Geschäftsführerin der israelischen Vereinigung der Hilfszentren für Opfer sexuellen Missbrauchs Mitte Jänner in Tel Aviv, noch vor dem Besuch von Patten. Sie bestätigt das Schweigen der Opfer von Vergewaltigungen einerseits als psychologische Reaktion auf das Geschehene, ande-

rerseits aus Angst vor dem sozialen Stigma. Sie betont allerdings, dass die überlebenden Frauen und Männer keine Erwartungen oder Forderungen des Staates und der Gesellschaft im Zusammenhang mit dem Trauma erfüllen müssen, das sie durchlebt haben. Sie müssen ausschließlich an sich selbst denken – an ihre Seelen und an ihre Körper – und die Kontrolle, die sie verloren haben, wiedergewinnen. Ihre Stimme werden sie zu dem Zeitpunkt und in der Weise erheben, die ihnen als passend erscheint.

Die Frauenorganisationen weltweit, allen voran UN Women, können noch immer etwas tun, meint Sulizeanu, indem sie diese grauenhaften Kriegsverbrechen endlich scharf und kompromisslos verurteilen und nicht kontextualisieren. Vergewaltigungen als Kriegswaffe im Laufe der Zeit Vergewaltigungen als Kriegswaffe gab es schon immer. Erschütternd ist, dass selten berichtet, geschweige denn bestraft wurde. Die US-Feministin Susan Brownmiller war vor 50 Jahren die erste, die die Funktion der Vergewaltigung in Kriegen analysierte: »Sexualisierte Gewalt ist in bewaffneten Konflikten vor allem eine Botschaft unter Männern und ein wesentlicher Bestandteil der Strategie, den Feind zu demoralisieren und zu erniedrigen.«

Erst 2001 wurde im Jugoslawien-Tribunal in Den Haag erstmals Vergewaltigung in Zusammenhang mit kriegerischen Aktionen als schwerer Verstoß gegen die Genfer Konventionen verurteilt und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. 2008 hat der Sicherheitsrat der Ver-

einten Nationen in der Resolution 1820 den Einsatz von sexualisierter Gewalt erstmals als Kriegstaktik bezeichnet und festgestellt, dass sexualisierte Gewalt eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedeuten kann. In Österreich spielten beispielsweise die systematischen Sexualverbrechen der Roten Armee in den Nachkriegsjahren weder in den betroffenen Familien noch im öffentlichen Diskurs eine Rolle. Die Schulbücher schwiegen darüber, die Geschichtsbücher auch, die traumatisierten Frauen sowieso.

In ihrem neuen Essay »Putins Krieg gegen die Frauen« erzählt die finnisch-estnische Autorin Sofie Oksanen von Russlands systematischen Verbrechen an weiblichen Kriegsoffern – und der »erstaunlichen Ignoranz des Westens.« Bereits früher thematisierte Oksanen Sexualisierte Gewalt, die die Frauen während der sowjetischen Besatzung Estlands erfuhren. Anhand der teilweise empörten Reaktionen sieht man, wie sehr dieses Thema immer noch einen Tabubruch darstellt.

Einordnung von Sexualisierter Gewalt im Rahmen von Kriegshandlungen Orit Sulzeman erklärt, wodurch sich Sexualisierte Gewalt im Rahmen von Kriegshandlungen auszeichnet – beim Angriff vom 7. Oktober fanden diese auf besonders extreme Weise Ausdruck:

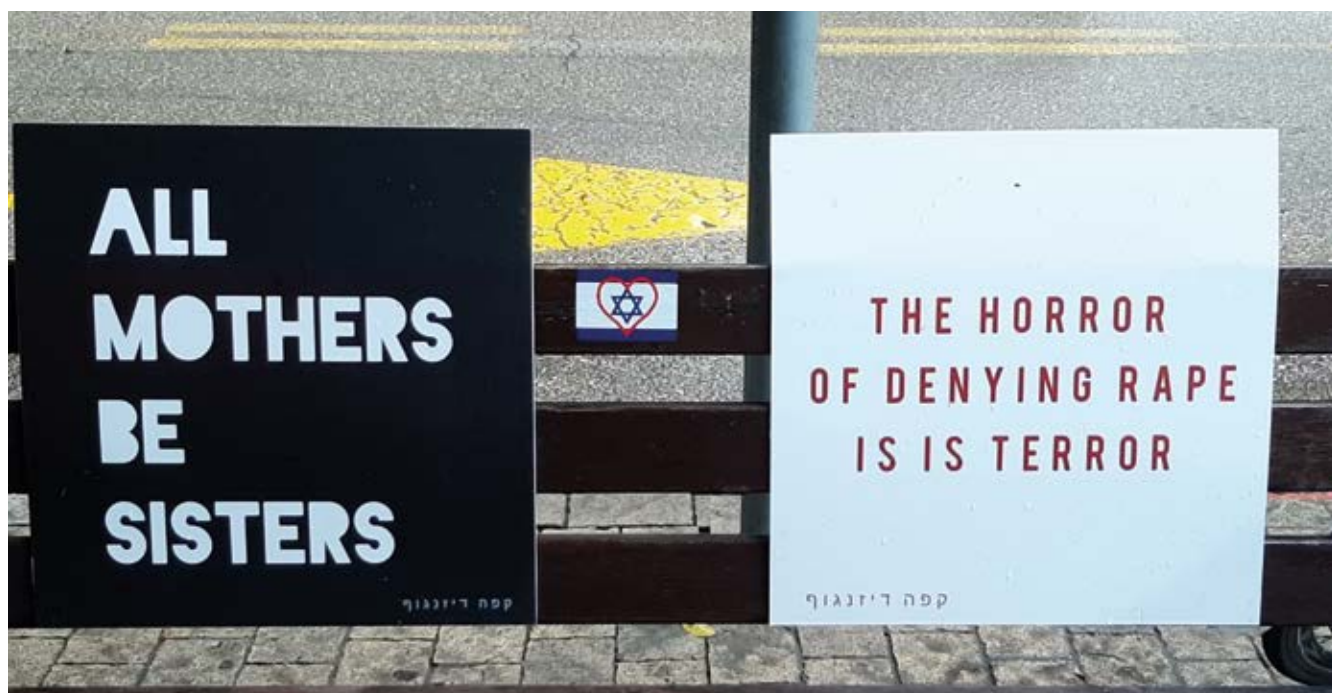
1. Vergewaltigung als Teilschritt einer Mordhandlung.
2. Vergewaltigung als Bestandteil der Kampfdoktrin: Die Anzahl der Opfer war hoch, da Vergewaltigung ein Element des Handlungskonzepts der Hamas bildete.
3. Weitverbreitete Gruppenvergewaltigung.
4. Brutalität: Die Vergewaltigungen wurden unter Einsatz sadistischer Folterpraktiken mit präzedenzloser Grausamkeit durchgeführt.
5. Mangelhafte Berichterstattung
6. Vergewaltigung als Horrorshow: Neben den Angriffen unter Teilnahme und in Anwesenheit anderer Hamas-Kämpfer erfolgten die Misshandlungen vor den Augen anderer Opfer mit dem Ziel, Grauen und Angst zu verbreiten, zwecks Unterdrückung und Demütigung.

(Aus: Naher Osten/Nordafrika: Hamas-Terror am 7. Oktober: Sexualisierte Gewalt hinterlässt tiefe Traumata | IPG Journal ipg-journal.de)

Die Abgeordnete zur Knesset, Merav Ben-Ari von der zentral-liberalen Partei Yesh Atid erklärt uns die Auswirkungen der Sexualverbrechen auf Israel so: »Die Scham über Vergewaltigungen von Frauen auf individueller Ebene ist zu einer Scham des ganzen Landes geworden, das sich als solches vergewaltigt fühlt und nach Aufklärung, Anerkennung der Verletzungen und gerichtlicher Verfolgung ruft«, so die Abgeordnete.

Die fehlende Solidarität mit den israelischen Opfern macht das Trauma noch schwerer. Das Gefühl, das Leben jeder Frau sei eben nicht gleich viel wert. Am Ende des Gesprächs fragen wir Orit und Merav, was sie uns gerne nach Österreich mitgeben würden. Sie antworten: »Believe Israeli Women.«

Foto: Andrea Hladky



von Bettina Müller

AUFRUF ZUR MEDIENMÜNDIGKEIT!

Medienberichte zum Thema Israel sprengen derzeit unsere Sinne und Köpfe, Journalist_innen müssen liefern, unter Zeitdruck. Dieser macht ausführliche Hintergrundrecherchen oft unmöglich. Auch im Sinne erfolgreicher Kooperation ist die Konsumentin, der Konsument aufgerufen, kritisch zu hinterfragen, was sie/er serviert bekommt.

Eine Plattform ruft zu Besonnenheit beim Konsum der Medien auf – Honestly Concerned. Auf ihrer Homepage bietet sie Unterstützung beim Hinterfragen. Misstrauisch sollten Konsument_innen prinzipiell werden, wenn Vermutungen als Fakten

präsentiert werden, Zitate unvollständig oder nicht korrekt wiedergegeben werden und unterstützende Medien (Fotos, Filme, Audio..) bzw. andere Textpassagen nicht mit dem genannten Sachverhalt inhaltlich übereinstimmen. Honestly Concerned appelliert an mündige Medienkonsument_innen, ihre Arbeit mit Informationen und Hinweisen zu unterstützen. Es gibt die Möglichkeit, sich in Mailinglisten einzutragen: Innenpolitik/Antisemitismus, Nahostkonflikt, Sonderausgaben. Der Hauptsitz von Honestly Concerned ist in Frankfurt, eine spontane Suchanfrage »Österreich 2024« ergab aktuell neun Beiträge. Ausbaufähig!

<https://honestlyconcerned.info> Kontakt: info@honestly-concerned.org

schalom 2024/01

AAAANGENEHHHHMMM.....!

Auch wenn Soldaten nicht gerade in Schusslinie operieren müssen, bedeutet der Alltag im Feld für sie Stress, Schweiß und Dreck. Dann kommt man schon einmal auf die verwegene Idee, von einer Dusche, sauberen Kleidern und einem richtigen Bett zu träumen.

Künstler_innengruppen wie das Bloomfield Science Museum in Jerusalem, das Midburn Annual Negev Arts Festival haben gemeinsam mit der Hilfsorganisation Brothers and Sisters for Israel mobile Duschsysteme mit Wassertank und Klappwänden auf einen Lastwagen geladen und touren damit die

Stellungen ab. Rabbi Shai Graucher organisierte eine mobile Wäscherei, die NPO Restart baute einen Kleintransporter zu einer mobilen Schneiderei um, und ein Team der Kartonfirma Bentov Ellipsis baut wasserfeste Kartonbetten mit Bettzeug, damit die Soldaten nicht direkt auf dem im Winter auch in Israel nassen Boden liegen müssen.

Rabbi Grauchers Organisation Beyachad Nenatze'ach hat in Ofakim (im Süden des Landes) ein Erholungszentrum gebaut, in dem die Soldaten im Fronturlaub wieder Energie tanken können. Richtige Entspannung in den Kampfpausen kann lebensrettend sein!

BITTE KEIN KNALLEFFEKT!

Das Institut für Umwelt-Mikrobiologie von Professor Shimshon Belkin an der Hebrew University of Jerusalem und das Biotechnologie-startup Enzymit haben mit Gentechnik aus den bekannten Darmbakterium einen Indikator für Landminen entwickelt. Man versprüht ihn über dem verminten Areal, und die Coli-Bakterien färben sich bei der Anwesenheit

des Sprengstoffs TNT rot und grün. Eine Drohne mit einer speziellen Kamera fotografiert das Areal und man sieht, wo die Minen platziert wurden. Das klingt einfach, war aber Ergebnis von zehn Jahren harter Forschungsarbeit. Färbt das Bakterium nicht oder falsch besteht akute Lebensgefahr! Derzeit wird an ähnlichen Methoden zur Erkennung anderer Sprengstoffe, Gas- und Ölaustritten oder auch anderen (Umwelt-)Giften gearbeitet.

DIE HOUTHIS - EXPERT_INNENMEINUNG INBAL NISSIM-LOUVTON VOM »THE FORUM FOR REGIONAL THINKING«

The Forum for Regional Thinking – Forum Regional Denken – beschäftigt sich seit 2014 mit der Position Israels im Mittleren Osten und den Interaktionen mit seinen nicht-jüdischen Nachbarn. Inbal Nissim-Louvton lehrt Geschichte, Philosophie und Judaistik an der Open University in Israel. Nach ihrer Ansicht sind die Attacken der Houthis auf Schiffe im Roten Meer nicht vorrangig gegen Israel gerichtet.

Die Houthis sind geistige Nachfahren der schiitischen Zaydi Islam – Bewegung, die sich im Bezirk Saada im gebirgigen Norden des Jemen entwickelt hat. Die Beziehungen zum ebenfalls schiitischen Iran sind zwar wirtschaftlich von großer Bedeutung, aber historisch betrachtet nicht sehr alt, sie bestehen seit etwa 2009 oder noch kürzer. Die Houthis betonen regelmäßig ihre Unabhängigkeit vom »Großen Bruder«.

In den 1990er-Jahren begannen sie mit politischer Jugendarbeit Widerstand gegen die Aktivitäten der wahabitischen Sunniten aus Saudi-Arabien im Jemen zu mobilisieren, 2004 griffen sie zu den Waffen

gegen die jemenitische Zentralregierung und eroberten 2014 die Hauptstadt Sanaa. Und Israel? Nach der Terrorattacke der Hamas sahen sie laut Nissim-Louvton Schwächen im israelischen Abwehrsystem und ergriffen die Gelegenheit, ihre Anliegen durch einen Angriff auf Schiffe mit Israel-Bezug auf eine internationale Ebene zu heben. Israel ist eher vorgebliches Ziel ihrer Angriffe, um sunnitische Länder wie Ägypten und Saudi-Arabien, die die Palästinenser nur wenig unterstützen, bloßzustellen. Sie haben damit auch wenig Kritik aus der arabischen Welt zu befürchten.

Militärisch eingebremst werden sie von den USA, Großbritannien und anderen Handelsmächten mit wirtschaftlichen Interessen in der Region. Die Koalition zur Sicherung der Schifffahrt im Roten Meer besteht einstweilen aus annähernd 40 Ländern weltweit.

Die Houthis sind zwar ein lokaler Spieler, aber einer von internationaler Bedeutung, den man nicht unterschätzen sollte.

<https://www.israel21c.org/what-do-yemens-houthis-have-to-do-with-the-israel-gaza-war/>
<https://www.regthink.org/en/>

TIERE IM KRIEG

Auf Bildern alter Meister von Krieg und Flucht sieht man die dargestellten Menschen oft mit ihren Tieren im Arm. Nicht nur Hühner, Schafe und Schweine, auch ihre Katzen und Hunde sind dabei. Seit alters her haben Menschen enge Beziehungen zu ihren pelzigen und gefiederten Freunden, die auch ein Krieg nicht zerbrechen darf.

Mia Leimberg wurde im Kibbutz Nir Yitzhak von der Hamas gekidnappt. Sie klammerte sich so fest an ihre Hündin Bella, dass die Terroristen das Tier tatsächlich zunächst übersahen und sich dann nicht um Bella scherten! Mia hatte großes Glück: sie wurde befreit. Zum Erstaunen der Medien tauchte auch Hündin Bella aus dem Gefängnis wieder auf. Nach dem Massaker im Kibbutz Kfar Aza fanden die

Rettungskräfte in den Trümmern einen halb verhungerten Papagei in seinem Käfig. Er wurde gefüttert und verarztet. Jetzt wartet er auf seinen Menschen, dass dieser vom Kriegsdienst zurückkommt. Auch landwirtschaftliche Nutztiere oder Zootiere müssen versorgt werden. Freiwillige nehmen sich der Verlassenen an. In betroffenen Zoos lernten die Wärter, auch listige Affen in die nicht ganz so komfortablen Schutzräume zu locken.

Hunde werden geschult, auch unter Lebensgefahr in Gefechtszonen vorzudringen und Gefahren anzuzeigen. Raubvögel können Verwundete finden, Wildtiere gehen in Deckung, verlieren oft ihr natürliches Habitat und können sich manchmal nicht mehr mit Nahrung versorgen. Die Armee hat schon so manches gerettete Tier als Maskottchen in den Truppenverband aufgenommen.

MUSIC - A REASON TO LOVE!

Sie singen für Frieden, Gerechtigkeit, Inklusion und Gleichheit. Junge Menschen aus Jerusalem: Juden, Moslems, Christen, Israelis und Palästinenser im Alter von 14 bis 19 Jahren, bilden seit 2012 den Jerusalem Youth Chorus, den Titel »a reason to love« kann man sich gleich hier anhören:

<https://jerusalemyouthchorus.org> !

Der künstlerische Leiter Micah Hendler freut sich über jede Unterstützung des seit 2012 bestehenden

Projekts: micah@jerusalemyouthchorus.org. Er ist Musiker, Gründer und Koordinator des Chors, sein Geschäftsführer Amer Abu Arqub, ein Anwalt und charismatischer Rapper, ist gleich in der Intro des Lieds zu hören und Hani Kreitem dirigiert den Chor mit 30 Mitgliedern.

Sie haben mit Künstlern aus der ganzen Welt zusammengearbeitet. Im Dezember 2023 waren sie in den USA auf Friedens-Tournee.

Foto: Tal Surasky



BÄUME DES LEBENS

In Israel beginnt zu Tu biSchevat (2024/5784 am 25. Jänner) die landwirtschaftliche Pflanzzeit. Traditionell wird mit den sieben typischen Feldfrüchten des Landes, Weizen Gerste, Wein, Feige, Granatapfel, Olive und Honig gefeiert, dieses Jahr auch mit der Pflanzung von 1.200 Bäumen im Kibbuz Re'im. Für jedes Opfer des Massakers vom 7. Oktober 2023 einer. Die ersten Bäume wurden von Angehörigen der Menschen, die beim Nova-Musikfest ermordet oder verschleppt wurden, gemeinsam mit dem KKL-JNF (Jüdischer Nationalfond) gepflanzt. Die Bäume symbolisieren neues Leben.

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft trauert um Ulrich Sahn, 1950–2024



Uli war ein langjähriger Mitarbeiter des »Schalom«. Seine Artikel waren immer gekennzeichnet von seiner großen Liebe zu Israel und seinen Menschen. Dabei schreckte er auch nie zurück, unbequeme Wahrheiten anzusprechen.

Wir vermissen Dich, Deinen unnachahmlichen Humor sowie Deine grandiosen Kochkünste. Mögest Du in Frieden ruhen!

Der Vorstand der ÖIG

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטרויה-ישראלית

Mir geht's gut, wenn nicht heute, dann morgen

von Dirk Stermann, Rowohlt Verlag

Der mittlerweile auch als Autor anerkannte in Wien lebende deutsche Künstler Dirk Stermann hatte die renommierte Psychoanalytikerin Erika Freeman in seine Talk-Sendung »Willkommen Österreich« eingeladen und sie danach kontaktiert, um sie besser kennen zu lernen – er sei verzaubert gewesen von ihrem Witz und ihrer Weisheit.

Aus den ersten Treffen entwickelte sich eine Freundschaft. Mittlerweile sind ihre Gespräche, die oft wie ein verbales Ping-Pong wirken, in einem Roman nachzulesen. In »Mir geht's gut, wenn nicht heute, dann

morgen« schreibt Dirk Stermann über die 1927 in Wien geborene Jüdin Erika, die mit 12 Jahren alleine in die USA emigrieren muss. Das Leben ihrer Mutter, die durch einen der letzten Bombentreffer in Wien 1945 starb, wurde in Hollywood verfilmt: »Yentl«, gespielt von Barbra Streisand – das ist Erikas Mutter. Erika studiert in New York an der Columbia University und wird zu einer hoch angesehenen Psychoanalytikerin.

Im Alter ist sie wieder in ihre Geburtsstadt Wien gezogen und wohnt seitdem im Hotel Imperial. Sie springt gerne von einem Thema zum ande-

ren, das intuitive freie Assoziieren rühre von ihrer Arbeit als Psychoanalytikerin her, erklärt Freeman. Trotz oder gerade wegen ihrer Sprunghaftigkeit im Erinnern zwischen Wien und New York, dem KZ Theresienstadt und Palästina, zwischen Kipferln im Imperial und dem Hrdlicka-Denkmal empfindet man beim Lesen das Gefühl, man säße mit am Tisch und lausche einem Jahrhundertleben. Einem typisch jüdisch-österreichischem Jahrhundertleben: »They tried to kill me, now they decorate me« – so beschreibt Freeman ihr Verhältnis zu Österreich heute.

Rezension von Andrea Hladky

Im Schatten zweier Sommer

von Jan Koneffke, Galliani Berlin

Der Roman ist in drei Teile aufgebaut: In der ersten Erzählperspektive lernen wir eine Ich-Erzählerin in der Gegenwart kennen, die uns Tante Fanny vorstellt. Sie ist eine rüstige Wiener »Alt-Linke« mit jüdischen Wurzeln. Fanny hatte ein überreiches und tragisches Leben, mit Ausgrenzung, Flucht und Neuanfang. Diese Wegmarken werden von der Ich-Erzählerin auf den ersten Seiten geschildert. Schnell werden wir aber darauf hingewiesen, dass es ein großes Geheimnis gibt, über das Fanny gegenüber ihrer Nichte schweigt. Nach Fannys Tod befinden sich Tagebücher und Aufzeichnungen in ihrem Nachlass, die sie ihrer Verwandten anvertraut hat.

Nun wird das Geheimnis gelüftet: Joseph Roth war die erste große Liebe Fannys, Tochter eines Wiener Schuhmachers, Juden und glü-

hendem Sozialisten. Der später berühmte Journalist und Schriftsteller Roth lebte als Student 1914 zur Untermiete bei den Fischlers im 2. Gemeindebezirk, wo Fanny und Joseph sich immer näher kamen.

Es werden uns ihre Tagebücher des Jahres 1914 vorgelegt und ihre Erinnerungen der späteren Begegnungen mit Roth aus 1937 und 1938. Sie sind in einer Sprache geschrieben, die zu einer jungen, naiven Teenagerin bzw. erfahrenen Journalistin, die Fanny später wurde, verfasst. Gerade die unerfüllte Teenager-Liebe zeigt die Stimmung 1914. Aber es ist nicht nur die Politik und Gesellschaft, die dieser Liebe keine Chance lässt, es ist auch der Charakter des jungen Roth: Der Aufschneider, der Geschichten-Erzähler, der Ruhelose, der Anbeter Franz Josephs. Im dritten Teil, erst in Wien 1937, dann ein Jahr später in

Paris, trifft Fanny Joseph wieder. Es ist das letzte Lebensjahr Roths, gezeichnet von Alkohol und Krankheit. Trotzdem werden sie zu einem Liebespaar, endlich, und verbringen eine glückliche Zeit, ehe Roth, vielleicht schon ahnend, dass es keine Zukunft für beide geben wird, sie verlässt.

Der Roman lässt nicht nur eine vergangene Zeit, fast im Roth'schen Sinn, wieder aufleben. Er zeigt die Zerrissenheit, Ruhelosigkeit des großen Romanciers Roth, seine Depressionen und Ausgrenztheit, die er alle im Suff ertränkt. Ein schönes Buch für einen trüben Tag, aber es bleibt ein wenig an der Oberfläche und bietet zumindest demjenigen, der sich schon mit Joseph Roth befasst hat, nichts Erhellendes. Für alle anderen aber kann der Roman Lust auf mehr Roth machen.

Rezension von Michael Laubsch

Vienna, Intl.



A Journal on the City's People, Places and Culture

ISSUE 4

2024

www.wien.info

Jetzt kostenlos
bestellen
folder.wien.info



Heartbeat, Grätzel, Mr. Universe, kosher, Bahö, Poldi,
Spione, Kronen Krimi, Klangrevolutionär, Made in Vienna,
angebissen, paniert, Friedhof der Stars, Ciccolella, Streets

WIEN
JETZT • FÜR IMMER